

VOM GESELLSCHAFTLICHEN ZUM DEMOKRATISCHEN ZUSAMMENHALT

Olaf Groh-Samberg · Cord Schmelzle

Am 25. November 2020 brachte die Fraktion der AfD erstmals einen Antrag in den Bundestag ein, der sich bereits im Titel die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland zum Ziel setzte.⁰¹ Angesichts der enormen Aufmerksamkeit, die Fragen des Zusammenhalts seit gut einem Jahrzehnt in der deutschen Öffentlichkeit genießen, war es nur eine Frage der Zeit, bis auch die radikale Rechte dieses Thema für sich entdecken würde. Überraschend war für unbedarfte Beobachter:innen der konkrete Vorschlag, wie der Zusammenhalt gestärkt werden sollte: Unter der Überschrift „Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus aufheben“ erklärte die Fraktion, die von der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen zur Dokumentation und Bekämpfung von Alltagsrassismus hätten nicht – wie beabsichtigt – eine integrative, sondern eine „gesellschaftsspaltende“ Wirkung. Die Pläne befeuerten die im Zuge der Black-Lives-Matter-Proteste aufgekommene Debatte über „einen angeblichen ‚Rassismus der gesellschaftlichen Mitte‘“, die die deutsche Mehrheitsgesellschaft unter einen (vermeintlich ungerechtfertigten) Generalverdacht stelle und gewaltbereite linksextremistische Gruppen legitimiere. So werde der Zusammenhalt beschädigt, den zu fördern die Bundesregierung vorgebe.

Für die sozialwissenschaftliche Diskussion über gesellschaftlichen Zusammenhalt ist diese Episode aus zwei Gründen aufschlussreich. Zum einen zeigt sie, welche politische Potenz der Begriff inzwischen entfaltet hat. Bereits 2020 haben wir gemeinsam mit unseren Kolleg:innen Nicole Deitelhoff und Matthias Middell darauf hingewiesen, dass sich der Zusammenhalt zu einem neuen politischen Leitwert entwickelt hat, der in allen politischen Lagern auf hohe Zustimmung stößt und häufig anderen Werten übergeordnet wird.⁰² Stand die Konjunktur des Begriffs damals vor allem im Zeichen der Sorge vor einer

gesellschaftlichen Spaltung im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise, hat sich seither mit der Coronapandemie, den immer spürbareren Folgen des Klimawandels und der neuen geopolitischen Lage seit dem russischen Angriff auf die Ukraine ein weiterer Bezugspunkt etabliert: Der Diskurs um Zusammenhalt ist zunehmend mit der Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen und Transformationen verknüpft. Damit ergibt sich eine doppelte, sich wechselseitig verstärkende Dynamik: Gerade in Krisenzeiten, in denen Ressourcen knapper werden, Institutionen überfordert wirken und Weltbilder ihre Selbstverständlichkeit verlieren, erscheint der gesellschaftliche Zusammenhalt einerseits besonders gefährdet. Andererseits gilt er genau dann mehr denn je als zentrale Ressource, um diese Herausforderungen kollektiv zu bewältigen. Diese doppelte Aufwertung des Zusammenhalts hat eine politische Rhetorik befördert, in der nahezu jede Forderung mit dem Zusammenhaltsbegriff verknüpft wird, um ihr zusätzliche Legitimität zu verleihen. Dass inzwischen selbst die AfD, in deren politischer Rhetorik der Begriff noch vor wenigen Jahren auffällig fehlte, ihre Forderungen zunehmend mit dem Schutz oder der Stärkung des Zusammenhalts begründet, ist ein deutliches Indiz für diese Entwicklung. Im aktuellen Bundestagswahlprogramm der Partei ist dem Begriff erstmals ein eigener Abschnitt gewidmet. Dort heißt es, die deutsche Leitkultur „sorge für den Zusammenhalt der Gesellschaft“ und sei „Voraussetzung für das Funktionieren unseres Staates“.⁰³

Zum anderen wirft der Fall damit auch ein Schlaglicht auf die inhaltliche Offenheit – man könnte auch sagen: Leere – des Begriffs. Es ist nämlich nicht so, dass die These der AfD, die gesellschaftliche Thematisierung von Rassismus könne den gesellschaftlichen Zusammenhalt schädigen, ohne Weiteres von der Hand zu weisen ist. Inwiefern sie zutrifft, kann erst dann geklärt wer-

den, wenn man das relevante Kollektiv des Zusammenhalts definiert hat (die *Gesellschaft* des gesellschaftlichen Zusammenhalts) und feststeht, welche Einstellungen und Beziehungen, Praktiken und Normen als Ausdruck sozialer Kohäsion gedeutet werden (der *Zusammenhalt* des gesellschaftlichen Zusammenhalts). Versteht man – wie die AfD – ein Bekenntnis zur deutschen Leitkultur als Grundlage des Zusammenlebens, ist es aus dieser Perspektive durchaus plausibel, dass die kritische Reflexion rassistischer Gewohnheiten und Strukturen als störend für dieses Verständnis von Zusammenhalt empfunden wird.

Im Folgenden gehen wir der Frage nach, welche Konsequenzen diese politische Vieldeutigkeit für die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Begriff des gesellschaftlichen Zusammenhalts hat. Muss die Forschung alle denkbaren Konzeptionen von Zusammenhalt als gleichermaßen plausibel und gleichwertig behandeln? Oder lassen sich aus analytischer wie aus normativer Perspektive Kriterien bestimmen, die für die Vorzugswürdigkeit bestimmter Konzeptionen sprechen? Wir vertreten die These, dass sich unter den Rahmenbedingungen moderner, pluraler Demokratien und aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen durchaus solche Kriterien finden lassen. Aus ihnen ergibt sich eine Konzeption, die wir als *demokratischen Zusammenhalt* bezeichnen.⁰⁴ Darunter verstehen wir Formen gesellschaftlichen Zusammenhalts,

die aus demokratischen Erfahrungen, Praktiken und Prinzipien Identitätsangebote schöpfen und Normen sozialer Kohäsion entwickeln. Damit unterscheidet sich demokratischer Zusammenhalt grundsätzlich von solchen (traditionellen) Formen des Zusammenhalts, die auf exklusive, vopolitische Quellen gemeinsamer Identität zurückgreifen, und ist – so unsere These – besonders anschlussfähig für Gesellschaften, die durch vielfältige Achsen von Diversität und Ungleichheit geprägt sind. Zugleich stellt sich jedoch die Frage, wie sich angesichts aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen ein demokratischer Zusammenhalt realisieren lässt.

BEGRIFF UND KONZEPTIONEN DES ZUSAMMENHALTS

Der Begriff des gesellschaftlichen Zusammenhalts stammt weniger aus der Wissenschaft denn aus der Politik. Er findet jedoch auch Anleihen im wissenschaftlichen Diskurs, grundlegend etwa in Theorien der Sozialintegration, spezifischer im Begriff „Social Cohesion“ oder in der Literatur zu Sozialkapital und generalisiertem Vertrauen.⁰⁵ Um dem breiteren Bedeutungshof des Begriffs gerecht werden zu können, nutzen wir eine analytisch weitere, aber normativ bewusst neutrale Heuristik des Konzepts gesellschaftlicher Zusammenhalt, die unser Kollege Rainer Forst vorgeschlagen hat.⁰⁶ Sie umfasst die fünf Ebenen von Einstellungen, Praktiken, Beziehungen, (Infra-)Strukturen und Diskursen des Zusammenhalts. Anders als in etablierten Konzepten von sozialer Kohäsion, die sich zumeist auf die ersten drei Ebenen (Einstellungen, Praktiken, Beziehungen) beschränken, erlaubt der Einbezug einer strukturellen Ebene, die zentrale Rolle von (funktionierenden) Infrastrukturen und öffentlichen Gütern für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erfassen. Mit den Diskursen wiederum lassen

01 Vgl. Deutscher Bundestag, Bundestagsdrucksache 19/24654, 25.11.2020.

02 Vgl. Nicole Deitelhoff/Olaf Groh-Samberg/Matthias Middell/Cord Schmelzle, Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Umriss eines Forschungsprogramms, in: Nicole Deitelhoff/Olaf Groh-Samberg/Matthias Middell (Hrsg.), Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog, Frankfurt/M.–New York 2020, S. 9–40.

03 Das hinderte die AfD freilich nicht daran, ihre interne politische Strategie weiterhin gezielt auf die Spaltung gesellschaftlicher Mehrheiten zu richten, wie aus dem öffentlich gewordenen Strategiepapier der Partei deutlich hervorgeht. Vgl. Christian Parth, Wie die AfD an die Macht kommen will, 11.7.2025, www.zeit.de/politik/deutschland/2025-07/strategiepapier-afd-macht-kanzleramt-spaltung.

04 Der Begriff des demokratischen Zusammenhalts spielt eine zentrale Rolle im aktuellen Forschungsprogramm des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt, an dem die Autoren mitgewirkt haben. Wichtige Ausformulierungen der Idee finden sich bei unseren Kolleg:innen Rainer Forst und Nicole Deitelhoff. Vgl. Rainer Forst, Democratic Cohesion, Trust and Solidarity, in: Amalia Amaya Navarro et al. (Hrsg.), Law and the Ties That Bind, Oxford (i.E.); Nicole Deitelhoff, Demokratischer

Zusammenhalt im Konflikt, in: Mahmoud Bassiouni et al. (Hrsg.), Die Macht der Rechtfertigung. Perspektiven einer kritischen Theorie der Gerechtigkeit, Berlin 2024, S. 266–279.

05 Für einen ausführlichen Überblick über die Literatur vgl. Daniela Grunow et al., Social Integration: Conceptual Foundations and Open Questions. An Introduction to this Special Issue, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie S1/2023, S. 1–34.

06 Vgl. Rainer Forst, Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Zur Analyse eines sperrigen Begriffs, in: Deitelhoff/Groh-Samberg/Middell (Anm. 2), S. 41–53.

sich auch explizite „Integrationsideologien“ wie etwa der Nationalismus in die Analyse einbeziehen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt bezieht sich demnach auf Gemeinwesen, „deren Mitglieder bestimmte positive Einstellungen zueinander und zu ihrem sozialen Gesamtkontext aufweisen, in dem sie als Handelnde in Praktiken und Beziehungen involviert sind, die einen (näher zu bestimmenden) Gemeinschaftsbezug haben, und sich in komplexe institutionelle Prozesse der Kooperation und Integration einfügen, die kollektiv diskursiv thematisiert und evaluiert werden“.⁰⁷

Wiederum anders als in etablierten Konzeptionen halten wir unser Konzept des gesellschaftlichen Zusammenhalts aber bewusst inhaltlich und damit auch normativ leer, um die Breite an möglichen und auch empirisch vorfindbaren Konzeptionen abdecken zu können.⁰⁸ Mithilfe dieser Unterscheidung zwischen dem abstrakten Begriff und den vielfältigen konkreten Konzeptionen des Zusammenhalts lässt sich erklären, warum die normative Bewertung von Zusammenhalt häufig so unterschiedlich ausfällt – warum wir also beispielsweise den Zusammenhalt in der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ als abstoßend, jenen innerhalb der Résistance hingegen als bewundernswert empfinden. Der Begriff des Zusammenhalts ist zunächst normativ neutral. Zusammenhalt als solcher ist weder ein Wert, den es anzustreben oder zu respektieren gilt, noch ein Übel, das vermieden werden sollte. Seine normative Valenz erhält der Zusammenhalt erst in den konkreten Konzeptionen, die durch die Quellen des Zusammenhalts und die von ihm beförderten Ziele seinen Wert bestimmen. Mit Forst lässt sich daher Zusammenhalt als „normativ abhängiger Begriff“ bestimmen.⁰⁹

Damit unterscheiden sich Konzeptionen des Zusammenhalts auch in ihren Eigenschaften – insbesondere in Bezug auf ihre soziale Reichwei-

te beziehungsweise Inklusivität und die Intensität der von ihnen erzeugten Bindungen. Dazu gehören etwa die Fragen, welches Kollektiv als Träger des Zusammenhalts gilt und wie stark das Gefühl der Verbundenheit innerhalb dieses Kollektivs ausgeprägt ist. So können Konzeptionen des Zusammenhalts, die auf geteilten kulturellen Wurzeln oder einer gemeinsamen Geschichte gründen, intensive Loyalität und ein hohes Maß an Kooperationsbereitschaft hervorbringen. Zugleich schließen solche Konzeptionen jedoch häufig jene aus, die diese kulturelle Identität nicht teilen – etwa Zugewanderte oder Angehörige ethnischer Minderheiten. Im Gegensatz dazu ist ein Zusammenhalt, der allein auf der Einsicht in eine wechselseitige Abhängigkeit innerhalb eines geteilten Institutionengefüges beruht – das Gemeinschaftsgefühl derjenigen, die im selben Boot, aber in ganz unterschiedlichen Klassen sitzen –, zwar tendenziell inklusiver, dürfte aber eine deutlich schwächer ausgeprägte Bereitschaft zu solidarischem Handeln erzeugen. Für die Suche nach einer Konzeption des Zusammenhalts, die für gegenwärtige Demokratien angemessen ist, ergeben sich damit zwei Anforderungen, die die *Inklusivität* und *Intensität* eines demokratischen Zusammenhalts betreffen. Wir werden zunächst die Konzeption demokratischen Zusammenhalts etwas detaillierter vorstellen und sodann diskutieren, inwiefern sie die beiden Anforderungen erfüllen kann.

DEMOKRATISCHER ZUSAMMENHALT

Unter demokratischem Zusammenhalt verstehen wir Formen des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die sich aus Praktiken und Prinzipien der Demokratie selbst heraus ergeben und ausschließlich normative Ressourcen beanspruchen, die in diesen bereits angelegt sind. Demokratischer Zusammenhalt ist somit primär über die Quelle des Zusammenhalts definiert: Bei ihm handelt es sich um eine Konzeption des Zusammenhalts, die durch (einen Aspekt der) Demokratie *erzeugt* wird. Welche konkreten Elemente der Demokratie beim demokratischen Zusammenhalt die Quelle des Zusammenhalts bilden, wollen wir dabei möglichst offen halten, um Variationen dieses Zusammenhalts beobachten zu können. Zusammenhalt stiftende Elemente könnten etwa das (rationalistische) Vertrauen

⁰⁷ Ebd., S. 44.

⁰⁸ Eine solche zunächst theoretische Konzeption des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist etwa der „Social Cohesion Radar“ der Bertelsmann Stiftung, der explizit normative Setzungen enthält: „So ist zum Beispiel die Festlegung, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt die Akzeptanz von Diversität einschließt, eine normative Setzung.“ Regina Arant/Mandi Larsen/Klaus Boehnke, Sozialer Zusammenhalt in Bremen, Gütersloh 2016, S. 28. Empirisch lässt sich damit überprüfen, wie stark ebendiese (aber auch nur diese) Konzeption des Zusammenhalts in bestimmten Regionen ausgeprägt ist.

⁰⁹ Vgl. Forst (Anm. 6).

in die Leistungsfähigkeit und Fairness demokratischer Institutionen sein, die (affektiv aufgeladene) Erfahrung demokratischer Partizipation und Konfliktbewältigung oder der (moralische) Respekt vor dem Wert demokratischer Gleichheit. Gemein ist diesen möglichen Quellen demokratischen Zusammenhalts, dass sie der gleichberechtigten Teilhabe an politischen Verfahren eine integrative Kraft zusprechen.¹⁰ Demokratischer Zusammenhalt soll also keine neuartige, posttraditionelle kollektive Identität – wie etwa der Verfassungspatriotismus – bezeichnen, sondern eine Form der Zugehörigkeit, die sich aus dem fairen und konstruktiven Umgang mit widerstreitenden Identitäten und Interessen ergeben kann.

Damit ist demokratischer Zusammenhalt nicht identisch mit dem empirisch vorfindbaren Zusammenhalt in Demokratien. Auch Demokratien können Formen des Zusammenhalts aufweisen, die auf exklusiven, vopolitischen Grundlagen beruhen – die von der AfD angestrebte deutsche Leitkultur mag hier wieder als Beispiel dienen. Demokratischer Zusammenhalt unterscheidet sich hiervon durch seine grundlegende Strategie: Er vermeidet den Rückgriff auf partikuläre Traditionen und ersetzt diese durch die inklusiveren Bindekräfte demokratischer Verfahren. Mit diesem Vorgehen ist die Hoffnung verknüpft, dass sich ein demokratischer Zusammenhalt sowohl als hinreichend inklusiv wie intensiv erweist, er also ohne ungerechtfertigte Ausschlüsse auskommt und trotzdem genügend Bindekraft entwickelt, um über bloße institutionelle Stabilität hinaus auch solidarisches Handeln zu ermöglichen. Worauf stützt sich diese Hoffnung?

ZUR INKLUSIVITÄT DEMOKRATISCHEN ZUSAMMENHALTS

Bei dem Problem der Inklusivität geht es um die Frage, wie Zusammenhalt in Gesellschaften möglich ist, die plural und – im weitesten Sinne – liberal sind. Mit Pluralität ist gemeint, dass moderne Gesellschaften für ihren Zusammenhalt nicht ohne Weiteres aus vorgängigen Bedingungen wie

der Zugehörigkeit zu einem homogenen Volk, einer kulturell einheitlichen Lebensform oder gemeinsamen religiösen Überzeugungen schöpfen können, weil sie in all diesen Hinsichten zu heterogen sind.¹¹ Entscheidend ist dabei, dass bestimmte Strategien des Umgangs mit Pluralität – von ideologischer Indoktrination bis zur gewaltsamen staatlichen Durchsetzung einer Identität – in demokratischen Gesellschaften nicht zu den legitimen Handlungsoptionen zählen. Was moderne Demokratien von ihren Vorläufern und zeitgenössischen Autokratien unterscheidet, ist weniger das Ausmaß ihrer Diversität als ihr liberaler Charakter. Damit ist keine spezifische politische Ideologie gemeint, sondern die Prinzipien der Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre und der weltanschaulichen Neutralität des Staates. Diese sollen nicht nur verhindern, dass der Staat die eigenen identitären Grundlagen unmittelbar verordnet,¹² sondern führen auch zu dem, was der Philosoph John Rawls das „Faktum des Pluralismus“ genannt hat: Wo Menschen frei sind, unterschiedliche „Ideen des Guten“ zu entwickeln, sind kulturelle Heterogenität und daraus erwachsende Konflikte unumkehrbar.¹³ Konzeptionen des Zusammenhalts, die auf Homogenität – etwa in Gestalt einer „deutschen Leitkultur“ – setzen, sind unter diesen Bedingungen zum Scheitern verurteilt.

Für eine Konzeption demokratischen Zusammenhalts ergibt sich daraus das Gebot, zur Begründung gesellschaftlichen Zusammenhalts auf ein vopolitisches Substrat zu verzichten. Die Betonung geteilter kultureller Werte mag zwar eine effektive Strategie zur Mobilisierung kollektiver Anstrengungen sein. Sie läuft aber immer auf einen exklusiven Zusammenhalt hinaus, und dies – folgt man etwa der *Social Identity Theory* – genau in dem Maße, wie sie eine loyale Wir-Identität zu stiften vermag. Damit schaffen traditionelle For-

¹⁰ Vgl. hierzu Forst (Anm. 4) und Nicole Deitelhoff/Cord Schmelzle, *Social Integration Through Conflict: Mechanisms and Challenges in Pluralist Democracies*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* S1/2023, S. 69–93.

¹¹ Moderne Gesellschaften unterscheiden sich hierin freilich kaum von vormodernen, deren Heterogenität häufig unterschätzt wird. Vgl. dazu Patrick J. Geary, *The Myth of Nations: The Medieval Origins of Europe*, Princeton 2002; Rogers Brubaker, *Ethnicity Without Groups*, Cambridge 2004.

¹² Die klassische Formulierung dieses Gedankens findet sich bei Ernst-Wolfgang Böckenförde, *Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation*, in: ders., *Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte*, Frankfurt/M. 1991, S. 92–114.

¹³ Vgl. John Rawls, *Political Liberalism*, New York 1993; siehe auch Deitelhoff/Schmelzle (Anm. 10).

men des Zusammenhalts unweigerlich eine willkürliche Unterscheidung zwischen Bürger:innen erster und zweiter Klasse, die entlang von Kategorien wie Herkunft, Ethnie und Religion verläuft und ihre trennende Qualität reifiziert.

Genau hier setzt die Konzeption des demokratischen Zusammenhalts an. Sie benennt eine Quelle gesellschaftlicher Integration, die auch unter Bedingungen von Pluralität und staatlicher Neutralität tragfähig ist und sich diskriminierungsfrei begründen lässt. Ihre Grundidee besteht darin, Zusammenhalt nicht als vorpolitische Voraussetzung, sondern als Produkt demokratischer Erfahrungen, Praktiken und Prinzipien zu verstehen.¹⁴ Der Rückgriff auf diese immanenten Grundlagen macht demokratischen Zusammenhalt für alle Mitglieder des Gemeinwesens gleichermaßen zugänglich und zumutbar, weil die grundsätzliche Akzeptanz dieser Praktiken und Prinzipien von den Mitgliedern des demokratischen Gemeinwesens verlangt werden kann. Entscheidend ist dabei allein die Anerkennung des Metaprinzips gleicher politischer Teilhabe, das aus einer Vielzahl weltanschaulicher, religiöser oder kultureller Überzeugungen unterstützt werden kann. Gerade diese Offenheit ermöglicht es, ganz im Sinne von Rawls' Idee eines „übergreifenden Konsenses“ (*overlapping consensus*), eine stabile und zugleich vielfältige Koalition für die gemeinsame politische Ordnung zu bilden, ohne die Pluralität individueller Lebensentwürfe einzuschränken.

Damit wird auch deutlich, dass ein demokratischer Zusammenhalt keineswegs im Widerspruch zu intensiven gesellschaftlichen Konflikten und Auseinandersetzungen steht. Im Gegenteil, der demokratische Zusammenhalt ergibt sich wesentlich aus einem bestimmten Modus der Austragung von Konflikten und des Erzielens von Kompromissen sowie einem Interessensausgleich. In gewisser Weise handelt es sich dabei um einen „schwachen“ Zusammenhalt, weil er zurückhaltend ist mit den Zumutungen der Zugehörigkeit zu einem vorhandenen Kollektiv oder der Zustimmung zu vorgefertigten Inhalten. Auch wenn liberale Demokratien in ihrer Geschichte und Gegenwart immer wieder auch „starke“ Formen des

Zusammenhalts entwickelt haben und entwickeln – nationalistische Ideologien beispielsweise –, benötigen sie diese nicht zwingend. Vielmehr schafft der demokratisch ausgetragene Streit um die richtigen Ideen und die jeweils eigenen Interessen einen hinreichenden Rahmen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.¹⁵

Insofern lässt sich mit gutem Grund fragen, wozu es einen gesellschaftlichen Zusammenhalt, der über die Anerkennung demokratischer Institutionen hinausgeht, überhaupt braucht: „Dem Gesellschaftlichen Zusammenhang [sic] ist schon gedient, wenn Individuen die Menschenrechte achten und Steuern zahlen, wenn Unternehmen ihrem Unternehmensziel nachgehen, einen Gemeinschaftsbezug braucht es dazu nicht. Zu viel Gemeinschaft, sei sie gesamtgesellschaftlich oder gruppenspezifisch, – diese Einsicht ist ja nicht neu – kann dem Gesellschaftlichen Zusammenhalt sehr schaden.“¹⁶ Eine Antwort auf diesen Einwand des Soziologen Stefan Hradil verweist darauf, dass Gesellschaften, die sich allein mit der formalen Rechtstreue ihrer Mitglieder begnügen, schnell an Grenzen stoßen. Erstens erweist sich die Stabilität normkonformen Handelns als prekär, wenn gesellschaftliche Gruppen keinen funktionalen Nutzen mehr darin erkennen, sich an die bestehenden Regeln und Institutionen zu binden.¹⁷ Zweitens erzeugt eine rein institutionell abgesicherte Ordnung häufig ein Maß an Ungleichheit, das an den Rändern der Verteilungsordnung Milieus hervorbringt, die sich nicht mehr an den Status quo gebunden fühlen – entweder, weil sie von ihm nichts mehr zu erwarten haben, oder weil sie meinen, nicht länger auf die gemeinsamen Institutionen angewiesen zu sein. Genau an dieser Stelle setzt die Diskussion über die Intensität demokratischen Zusammenhalts an.

ZUR INTENSITÄT DEMOKRATISCHEN ZUSAMMENHALTS

Die Frage nach der Intensität demokratischen Zusammenhalts gewinnt zusätzlich an Brisanz,

¹⁴ Vgl. Richard Bellamy et al., *The Democratic Production of Political Cohesion: Partisanship, Institutional Design and Life Form*, in: *Contemporary Political Theory* 2/2019, S. 282–310, hier S. 283.

¹⁵ Vgl. Deitelhoff/Schmelzle (Anm. 10).

¹⁶ Stefan Hradil, *Zusammenhalt: Eine Grundfrage der Soziologie*, in: *Soziologische Revue* 1/2022, S. 5–14, hier S. 12.

¹⁷ Vgl. Cord Schmelzle/Eric Stollenwerk, *Virtuous or Vicious Circle? Governance Effectiveness and Legitimacy in Areas of Limited Statehood*, in: *Journal of Intervention and Statebuilding* 4/2018, S. 449–467; Deitelhoff/Schmelzle (Anm. 10).

wenn man den aktuellen Befund in den Blick nimmt, dass das Vertrauen in die hinreichend zusammenhaltstiftende Kraft demokratischer Verfahren gegenwärtig geschwächt oder gar erschüttert erscheint. Der Grund dafür liegt nicht einfach in der Intensität gesellschaftlicher Konfliktlagen und transformativer Herausforderungen, sondern in der Art und Weise, wie sich diese mit sozioökonomischen und politischen Ungleichheiten überlagern. Sozioökonomische Ungleichheiten haben in Deutschland über die vergangenen Jahrzehnte hinweg signifikant zugenommen. Dabei haben sowohl Wohlstands- als auch Armutslagen zugenommen, während mittlere Lagen deutlich geschrumpft sind. In dieser Hinsicht haben wir es also empirisch mit einer eindeutigen Tendenz der Polarisierung sozialer Lagen zu tun – auch wenn diese gleichsam „kalte“ Polarisierung in den aktuellen „heißen“ Polarisierungsdebatten häufig gar nicht vorkommt.¹⁸ Die sozioökonomischen Ungleichheiten überlagern sich sowohl mit kulturellen Einstellungsunterschieden als auch mit gravierenden Ungleichheiten der politischen Partizipation – aber keineswegs im Sinne einer einfachen Deckungsgleichheit. Das oft bemühte Bild einer „Zwei-Lager-Polarisierung“ trifft empirisch daher, wenn überhaupt, nur sehr eingeschränkt zu: An den idealtypischen Polen befinden sich nur vergleichsweise kleine Gruppen. Die den akademisch gebildeten und ökonomisch gut situierten Ober- und Mittelschichten zugeschriebenen liberalen Werte finden sich auch in prekären Schichten, während sich autoritäre und rechtspopulistische Haltungen, bis hin zu menschenfeindlichen Einstellungen, längst weit in etablierte und privilegierte Milieus ausgebreitet haben. Das empirische Bild der Ungleichheits- und Konfliktlagen verweist also durchaus auf strukturelle Spaltungen zwischen sozialen Gruppen, wenn auch in komplexeren Konstellationen.¹⁹

Angesichts dieser Ungleichheits- und Konfliktlagen stellt sich die Frage, wie sich ein demokratischer Zusammenhalt realisieren lässt. Die Konzeption eines solchen Zusammenhalts bezieht sich dabei im Kern auf das Geflecht aus Einstellungen, Praktiken und sozialen Beziehungen, die mit einer „demokratischen Lebensweise“ assoziiert sind.²⁰ Werte wie Gleichheit und Autonomie, die demokratische Institutionen rechtfertigen und in demokratischen Praktiken erfahrbar werden, entfalten ihre normative Kraft nicht nur im engeren Rahmen politischer Entscheidungsprozesse. Sie prägen vielmehr das Selbstverständnis einer demokratischen Gesellschaft insgesamt, verstanden als eine Gesellschaft der Gleichen. In diesem Sinne soll demokratischer Zusammenhalt nicht nur institutionelle Stabilität sichern, sondern auch die Bereitschaft fördern, in öffentliche Güter zu investieren, die die egalitäre Teilhabe und den gleichen Status aller Mitglieder gewährleisten.

Unter dem Schlagwort des „Wohlfahrtschauvinismus“ stehen dabei zumeist die Unterstützer:innen rechtspopulistischer und rechtsextremer Ideologien im Fokus. Dieser Fokus, so wichtig er ist, greift indessen zu kurz. Der empirische Befund, dass prodemokratische Einstellungen bei privilegierten Milieus stärker verbreitet sind, sollte nicht dazu verleiten, diesen bereits eine demokratische Lebensführung zu attestieren. Auf der Ebene von Einstellungen zeigt sich etwa, dass privilegierte Gruppen weniger Sensibilität für sozioökonomische Ungleichheiten aufweisen und entsprechend Umverteilungsmaßnahmen signifikant weniger unterstützen als sozioökonomisch benachteiligte Gruppen.²¹ Auch auf der Ebene der Praktiken zeigen sich Indizien einer „statusinvestiven“ Lebensführung, die im Effekt – also im aggregierten Zusammenspiel je individueller Statusorientierungen – nicht nur zu einer Reproduktion und Verschärfung sozioökonomischer Ungleichheiten führen kann.²²

18 Vgl. Olaf Groh-Samberg/Theresa Büchler/Jean-Yves Gerlitz, Soziale Lagen in multidimensionaler Längsschnittbetrachtung – ein Beitrag zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung in Deutschland. Endbericht für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin 2020.

19 Vgl. dazu Task Force FGZ-Datenzentrum, Gefährdeter Zusammenhalt? Polarisierungs- und Spaltungstendenzen in Deutschland, Bremen 2022, <https://doi.org/10.26092/elib/1739>. Dass sich das empirische Bild der Konfliktlagen in Deutschland irgendwo zwischen Polarisierung und Konsens bewegt, zeigen mit ihren empirischen Detailanalysen auch Steffen Mau/Thomas Lux/Linus Westheuser, Triggerpunkte. Konsens und Konflikt

in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023. Demgegenüber erscheint die These einer weitgehenden Konsensgesellschaft als starke Vereinfachung.

20 Vgl. Elizabeth Anderson, Democracy: Instrumental vs. Non-Instrumental Value, in: Thomas Christiano/John Christman (Hrsg.), Contemporary Debates in Political Philosophy, Malden, MA 2009, S. 213–227.

21 Vgl. Task Force FGZ-Datenzentrum (Anm. 19).

22 Vgl. Olaf Groh-Samberg/Nepomuk Hurch/Nora Waitkus, Statuskonkurrenzen und soziale Spaltungen: Zur Dynamik sozialer Ungleichheiten, in: WSI-Mitteilungen 5/2018, S. 347–357.

Die Orientierung am eigenen (hohen) sozialen Status verbindet sich vielmehr oft auch mit sozialen Vergleichsprozessen mit statushöheren und einer Abwertung von statusniedrigeren Gruppen, die letztlich gesellschaftliche Entsolidarisierungen befördern können. Schließlich finden sich auf der Ebene sozialer Beziehungen empirische Evidenzen für eine starke lebensweltliche Segregation insbesondere akademischer Milieus.²³ Vor dem Hintergrund dieser – hier nur schlaglichtartig zusammengestellten – empirischen Befunde gibt es also gute Gründe, insbesondere die Lebensführung privilegierter Milieus weitaus kritischer zu betrachten, als dies der dominante Diskurs um die Gefährdung der Demokratie durch rechtsextreme und rechtspopulistische Wähler:innen suggeriert.

AUSBLICK

Die hier skizzierte Konzeption eines demokratischen Zusammenhalts lässt sich auch als Suche nach dem richtigen Maß an sozialer Integration verstehen. Denn wie unsere Kolleg:innen Daniela Grunow, Patrick Sachweh, Uwe Schimank und Richard Traunmüller zeigen,²⁴ kann nicht nur ein Zuwenig, sondern auch ein Zuviel an Sozialintegration beziehungsweise Zusammenhalt zu erheblichen Problemen führen. Ein zu starker, gleichsam rigider gesellschaftlicher Zusammenhalt behindert potenziell nicht nur Innovationen, sondern führt auch zu Exklusionen. Er kann sowohl die Transformations- als auch die Konfliktfähigkeit demokratischer Gesellschaften erheblich einschränken. Ein solch rigider Zusammenhalt entfaltet daher – so wäre unsere Hypothese – zwangsläufig autoritäre Tendenzen. Er muss gesellschaftliche Transformationen ebenso von oben durchsetzen, wie er Konflikte nur durch die Marginalisierung und Diskriminierung abweichender Positionen zu befrieden vermag. In globaler Perspektive sehen wir eine Reihe von Beispielen für eine solche autoritäre Drift (zumindest ihrem Selbstverständnis nach) demokratischer Gesellschaften, die – wie viele autokratische Regime – ander-

weitig durchaus einen starken Zusammenhalt zu mobilisieren vermögen.

Ebenso lässt sich aber auch ein Zuwenig an demokratischem Zusammenhalt konstatieren. Ein entsprechendes Defizit ist dann gegeben, wenn die Voraussetzungen für demokratischen Streit und Konflikt, und damit für einen Ausgleich von Interessen, nicht mehr hinreichend gegeben sind. Die Konzeption eines demokratischen Zusammenhalts zielt dabei weniger auf ein staatsbürgerliches oder gar verfassungsrechtliches, sondern auf ein gesellschaftspolitisches Programm. Sie schließt mithin die Ebene von Lebensführungen, die institutionelle Verfasstheit und die Diskurse einer Gesellschaft mit ein. Angesichts der strukturellen Ungleichheits- und Konfliktlagen ist die Sorge um den demokratischen Zusammenhalt ernster zu nehmen als der Verweis auf staatsbürgerliche Tugenden. Dabei sollte sich der Blick jedoch nicht nur auf die Zunahme offen antidemokratischer Einstellungen richten. Vielmehr scheint sich gerade in den über die vergangenen Jahrzehnte zahlenmäßig stark angewachsenen, relativ privilegierten Wohlstandslagen eine mangelnde Sensibilität gegenüber sozioökonomischen Ungleichheiten verfestigt zu haben, die eine fundamentale Gefährdung demokratischen Zusammenhalts darstellt.

OLAF GROH-SAMBERG

ist Professor für Soziologie an der Universität Bremen und Direktor des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ).

CORD SCHMELZLE

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und Principal Investigator des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ).

²³ Vgl. Nils Teichler et al., *Entkoppelte Lebenswelten? Soziale Beziehungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. Erster Zusammenhaltsbericht des FGZ*, Bremen 2023, <https://doi.org/10.26092/elib/2517>.

²⁴ Vgl. Grunow et al. (Anm. 5).